

Die Presse

SEIT 1848

DONNERSTAG, 22. APRIL 2021 · PREIS: 2,20 EURO · NR. 22.601*** · DIEPRESSE.COM

Weltklimagipfel. Die USA übernehmen unter Präsident Biden wieder eine globale Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel. Doch der Weg zur Bremsung der Erderwärmung ist mit Hürden gespickt.

VON OLIVER GRIMM UND MATTHIAS AUER

Brüssel/Wien. Amerika ist zurück: Mit diesem Mantra bemüht sich US-Präsident Joe Biden, die von seinem Amtsvorgänger Donald Trump beschädigten Beziehungen zur Weltgemeinschaft zu reparieren. Das betrifft auch und vor allem die Klimapolitik. Während Trump lange Zeit behauptete, der Klimawandel sei ein von China erfundener Schwindel, um die USA industriell zu entmannen, und sich aus dem Pariser UN-Klimaschutzabkommen verabschiedete, nimmt Biden die gegenläufige wissenschaftliche Evidenz ernst. Am Donnerstag und Freitag lädt er 40 Staats- und Regierungschefs, deren Staaten gemeinsam rund 80 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und der weltweiten Treibhausgasemissionen produzieren, zu einem Weltklimagipfel. Ziel ist, „die Chancen für sinnvolle Ergebnisse“ bei der UN-Klimakonferenz in Glasgow im November zu erhöhen. Eine große Aufgabe, die zahlreiche Fragen aufwirft: „Die Presse“ geht einigen davon auf den Grund.

1 Welchen Zweck hat der Weltklimagipfel, den US-Präsident Biden einberufen hat?

Einen vordergründigen und einen hintergründigen. Klar ist, dass Biden (und nicht nur er) entschlossen ist, die Klimakonferenz in Glasgow zu einem Erfolg zu machen. Das ist angesichts der Covid-Krise, die sicher auch noch im Herbst die Welt in Atem halten wird, noch schwieriger als sonst. Praktisches Beispiel: Um so eine UN-Konferenz glücken zu lassen, bedarf es vieler Planungstreffen der Beamten und Diplomaten in den Monaten davor. Das kann man in Zeiten der Pandemie schwer organisieren – vor allem, wenn heikle Themen (wer lässt sich welches Zugeständnis um welchen Preis abkaufen?) persönliche Unterredungen erfordern. Zweitens geht es den USA darum, die Themenführerschaft in der Klimapolitik zurückzugewinnen. Denn wer Klimaschutz sagt, sagt auch industrielle Wende.

Dann kommt man schnell in die politischen Minenfelder von Protektionismus, „Klimaschutz-Grenzzöllen“ und der Frage, woher das Geld für all das kommen soll. Zudem werden schon jetzt Widersprüche hinter den Lippenbekenntnissen einiger der 40 geladenen Spitzen sichtbar: wenn etwa der russische Präsident, Wladimir Putin, erklärt, sein Land – der viertgrößte Treibhausgasemittent und größte Öl- und Gasexporteur der Welt – wolle in den nächsten drei Jahrzehnten weniger CO₂ ausstoßen als die EU.

2 Versprechen die USA zu viel? Kann das Land wirklich zum Klimaschutzvorreiter werden?

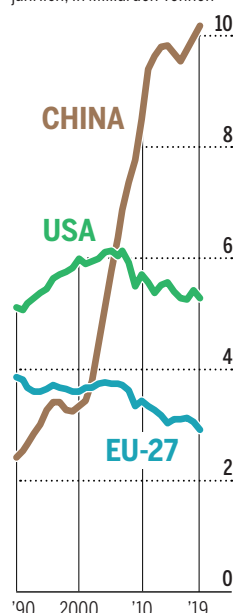
Die USA sind weit davon entfernt, das klimafreundlichste Land der Erde zu werden. Dafür sorgt schon der historische Ballast, den die Industrienation mit sich herumträgt: Ein Viertel aller klimaschädlichen Treibhausgase, die die Menschheit bisher ausgestoßen hat, gehen auf Amerikas Konto. Zum Vergleich: Der heute größte CO₂-Emittent China holt zwar stark auf, steht aber noch immer erst bei der Hälfte. Doch aktuell schlagen sich die USA besser, als es ihr Ruf vermuten ließe. In den vergangenen 15 Jahren schrumpften die Emissionen etwa so schnell wie jene der EU. Selbst in den vier Jahren unter Trump haben progressivere Bundesstaaten und Städte dafür gesorgt, dass Amerikas CO₂-Ausstoß stabil geblieben ist.



Ökologe Louis Hadjoannou dokumentiert, wie der Klimawandel die Korallen vor Ayia Napa im Südosten Zyperns verändert. [AFP]

CO₂-EMISSIONEN

jährlich, in Milliarden Tonnen



Quelle: Our World In Data
Grafik: „Die Presse“ · PW

3 Welche Klimaschutzziele für die nächsten zehn Jahre hat die EU am Mittwoch beschlossen?

Bis zum Jahr 2030 soll die Union ihre Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um mindestens 55 Prozent senken. Laut Kommission sanken die Emissionen der EU bis 2019 um 24 Prozent, die Wirtschaftsleistung stieg um 60 Prozent. Sprich: Mehr als die Hälfte des Zieles muss in einem Drittel der Zeitspanne erreicht werden. Das ist sehr ehrgeizig. Noch ehrgeiziger ist das Endziel: Klimaneutralität im Jahr 2050. Allerdings gilt diese Prämisse, dann netto nicht mehr zum Treibhauseffekt beitragen zu wollen, nicht für jedes EU-Mitglied einzeln, sondern für die Union gesamt. Denn der große Emittent Polen weigert sich weiterhin, einer individuellen Verpflichtung zur Klimaneutralität zuzustimmen. Wer die polnischen Emissionen im Jahr 2050 „aufsaugen“ soll, ist offen.

4 Papier ist geduldig. Wie will die EU diese Emissionssenkungen praktisch durchsetzen?

Durch Vorschriften und Förderungen. Rund eine Billion Euro will die Kommission im Rahmen ihres „Grünen EU-Deals“ für die Energiewende aktivieren. Der Großteil davon kommt von privaten Investoren. Hier könnte der neue US-Klimaaktivismus paradoxerweise dazu führen, dass Europa entweder weniger oder nur höher verzinsten Investitionen für seinen „Grünen Deal“ anlocken kann. Regulatorisch steht die EU vor einem Mammutprogramm: Rund 50 Gesetzesnovellen sind bis Ende 2022 geplant. Von den Chemikalien über den Verkehr bis zu Kunst-

stoff und Landwirtschaft soll kaum ein Sektor vom „Grünen Deal“ unberührt bleiben.

5 Was bedeuten die schärferen Ziele der Europäischen Union für Österreich?

Österreich steht im EU-Vergleich schlecht da. Während die meisten Mitgliedsländer ihren CO₂-Ausstoß von 1990 bis 2017 reduzieren konnten, stieg er hierzulande um fünf Prozent an. Nach heutigem Stand verfehlt Österreich bereits seine bisher gültigen Ziele bis 2030, kritisierte der Rechnungshof erst kürzlich. Schon diese Lücke koste die Republik über neun Milliarden Euro an Kompensationszahlungen für CO₂-Zertifikate. Steuert die Regierung nicht radikal gegen, dürfte dieser Betrag deutlich steigen.

Mehr zum Thema: Seite 2

RAUM sofort
CONTAINEX
www.containex.com

RAUM schaffen mit Containern

THEMEN



NACHRUF
Rock mit der Wucht einer Wagner-Oper
Jim Steinman schrieb mit Pathos aufgeladene Welt-hits. Mit Meat Loafs „Bat out of Hell“ schuf er eines der meistverkauften Alben. Im Alter von 73 Jahren ist er nun gestorben. **S. 24**

INTERVIEW
„Demokratie in Hongkong ist tot“
Ted Hui, prominenter Demokratie-Aktivist und Ex-Parlamentarier in Hongkong, spricht mit der „Presse“ über Chinas Gehirnwäsche und Repressionen. **S. 4**

ECONOMIST
Vermieter vom Staat im Stich gelassen
Vermieter sind bei Covid-Hilfen stark benachteiligt, das könnte gravierende Folgen haben, warnen Verbände. Mit den Mietern setze man auf „faire Partnerschaft“. **S. 19**



MENSCHEN
Preis von Falstaff für Lebenswerk
Der neue „Falstaff Restaurant-Guide 2021“ verzichtet heuer auf Abwertungen. Haya Molcho wird für ihr Lebenswerk ausgezeichnet. **S. 13**

NAVIGATOR
Menschen **S. 13**
Radio & TV **S. 12**
Sport **S. 14**
Aktien, Fonds **S. 18**
Wetter **S. 28**
Impressum **S. 28**
[Foto: Getty Images, Bernd von Jutrczenka/picturedesk.com]



Commerzbank-Affäre. Wann hat wer wen angerufen, als die Bank pleiteging? Konnte Geld in Sicherheit gebracht werden? Doskozils sichergestellte Chat-Protokolle sollen diese Fragen klären.

Warum Doskozil Beschuldigter ist

VON ANNA THALHAMMER

Wien. Burgenlands Landeshauptmann, Hans Peter Doskozil, hüllte sich am Mittwoch in Schweigen. Verständlich, seine Aussagen hatten ihn zuletzt in die Bredouille gebracht. Er wird bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt wegen Falschaussage als Beschuldigter geführt. Ihm wurde kurzzeitig das Handy abgenommen.

Doskozil wurde am 17. Dezember 2020 im U-Ausschuss zur Commerzialbank befragt, wie er von der bevorstehenden Schließung erfahren hatte. Er sagte, dass Helmut Ettl, Chef der Finanzmarktaufsicht, am Nachmittag des 14. Juli Kontakt zu ihm gesucht hatte, „und ich wurde um 18.29 Uhr vom Finanzmarktaufsichtsvorstand Ettl angerufen“. Ettl, der am selben Tag befragt wurde, sagte aus: „Ich habe niemanden angerufen. Ich habe nicht den Herrn Landeshauptmann angerufen, der Landeshauptmann hat mich angerufen, und so war es.“

Wer rief wen an?

Die ÖVP hat aufgrund dieser divergierenden Aussagen Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft Eisenstadt führt darum Ettl und Doskozil als Beschuldigte. Und beiden wurde am Montag mittels Sicherstellungsanordnung (keine Hausdurchsuchung) das Handy abgenommen. „Die Staatsanwaltschaft ordnet die Sicherstellung der Mobiltelefone von Mag. Helmut Ettl und Mag. Hans Peter Doskozil an sowie die Anfertigung von forensischen Sicherungskopien der Mobiltelefone und die Extrahierung und Auswertung der Daten betreffend eingehende, ausgehende und verpasste Anrufe, SMS und MMS über das Mobilfunknetz und über sogenannte Internet-Messenger-Dienste“, ist in der Anordnung zu lesen. Zeitlich grenzte Staatsanwalt Robert Koch die Auswertung auf wenige Stunden des 14. Juli ein. Doskozil gab seinen PIN-Code freiwillig an seine Ex-Kollegen der Polizei wei-



Ex-Polizist Doskozil bekam am Montag Besuch von ehemaligen Kollegen, die sein Handy einkassierten.

[APA]

ter. Das Handy wurde kopiert, er bekam es kurze Zeit später zurück. Auf Falschaussage im U-Ausschuss stehen bis zu drei Jahre Haft. Dass wegen eines derartigen Delikts ein Handy einkassiert wird, ist aber ein Novum.

Ettl wird übrigens auch bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) als Beschuldigter geführt. Es wird ermittelt, ob er die Information zur Bankenschließung überhaupt an Doskozil weitergeben durfte – oder andererseits vielleicht sogar musste.

DER BANKENSKANDAL

Die Commerzialbank. Nach Bekanntwerden umfangreicher Bilanzfälschungen (rund 500 Millionen Euro) wurde die Bank im Sommer 2020 geschlossen. Zu den großen Geschädigten gehören die Energie Burgenland, die Technologiefirma Frequentis, aber auch große Wohnbaugenossenschaften.

Die Finanzprokurator wurde vom Finanzministerium mit einem Gutachten beauftragt, ob seitens Ettl eine grobe Pflichtverletzung vorliegen könnte. Davon ist aber eher nicht auszugehen.

Unbestritten ist jedenfalls, dass Ettl die Informationen hatte – und diese im Burgenland landeten. Interessant wird auch sein, was Doskozil dann damit getan hat. Das Regionalmanagement Burgenland versuchte noch am Tag der Bankenschließung rund 1,5 Millionen Euro von der Commerzialbank zu überweisen – und scheiterte. Die Informationen seien nicht über Doskozil gekommen, sagte der Geschäftsführer im U-Ausschuss aus.

Der SPÖ Leid, der ÖVP Freud

Die burgenländische SPÖ sieht die Anzeige der ÖVP (und die damit einhergehenden Ermittlungsschritte) jedenfalls als Diskreditierung und „Angriff auf die Demokratie“. „Es geht der ÖVP nicht um Aufklärung, sondern um das Diskreditieren des Landeshauptmanns“, betonte Klubobmann Robert Hergovich Mittwoch. Die Vorwürfe würden sich in Luft auflösen.

Die ÖVP Burgenland fordert volle Aufklärung von Doskozil. „Er hat sich von Anfang an in Widersprüche verstrickt. Er hat viele verschiedene Angaben zum Informationsfluss am Tag der Bankpleite gemacht“, sagte Landesparteiobmann Christian Sagartz. Nachdem Doskozil nun als Beschuldigter geführt werde, erwarte er sich für die Geschädigten Antworten: „Was wusste SPÖ-Landeshauptmann Doskozil? Warum legt Doskozil seit 260 Tagen die Telefonprotokolle aus der Pleitenacht nicht offen? Wie nah hat Doskozil selbst an Martin Pucher angestreift? Wer wurde vorzeitig über die Bankenschließung informiert?“, fragte Sagartz. Zentral sei, ob Informationen genutzt wurden, um Geld in Sicherheit zu bringen.

Umstrittene Vergabe in Wien: „Rechnungshof soll prüfen“

Ausschreibungen. ÖVP will Prüfung des Wiener Gesundheitssystems durch den Rechnungshof.

Wien. Die ÖVP wünscht sich, dass der Bundes-Rechnungshof die Beschaffungsvorgänge im Wiener Gesundheitsverbund (WGV) unter die Lupe nimmt. Das haben der Wiener ÖVP-Klubchef, Markus Wölbitsch, und die nicht amtsführende VP-Stadträtin Bernadette Arnoldner am Mittwoch erklärt. Da für einen entsprechenden Antrag jedoch 33 von 100 Wiener Gemeinderäten nötig sind und die ÖVP nur über 22 Mandate verfügt, will man in anderen Fraktionen um Unterstützung werben. Anlass für das Vorgehen sind umstrittene Ankäufe.

So hat etwa die geplante Anschaffung von Computertomografen das Landesverwaltungsgericht beschäftigt. Canon Medical Systems, die bei der Vergabe nicht zum Zug kam, hatte erfolg-

reich geklagt. Die Ausschreibung habe Spezifikationen, die nur Geräte der Siemens-Tochter Siemens Healthineers aufweisen – etwa eine Wasserkühlung und eine 3-D-Kamera – enthalten. Laut Urteil waren Aspekte des Vergabeverfahrens „unsachlich und diskriminierend“.

Andeutungen, dass die Vergabeverfahren von parteipolitischen Überlegungen beeinflusst wurden, hatte der WGV strikt zurückgewiesen. Die Opposition hatte angesichts der Causa angemerkt, dass einstige SPÖ-Politikerinnen wie Brigitte Ederer und Sonja Wehsely nach ihrer Zeit in der Politik für Siemens tätig waren. Diesem Thema wird sich auch eine Sondersitzung des Wiener Gemeinderats widmen, die am Mittwoch stattfindet. (APA)

Wiens Schulen öffnen wieder: Unterricht ab Montag

Sonderregelung. Wien befindet sich bis 2. Mai im Lockdown, die Schulöffnung wurde aber vorgezogen.

Wien. Für Wiens Schülerinnen und Schüler gelten ab Montag wieder dieselben Regeln wie vor der strengen Ausgangsbeschränkung. Das hat das Büro von Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr (Neos) am Mittwoch erklärt.

In Wien endet der aktuelle Corona-Lockdown zwar erst am 2. Mai, die verschärften Maßnahmen im Schulbereich werden jedoch eine Woche früher zurückgenommen. Somit sind die Wiener Volksschulen sowie Sonderschulen im vollständigen Präsenzunterricht, die Mittelschulen, die Unterstufen der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) und die Polytechnischen Schulen nehmen den Schichtbetrieb wieder auf.

„Es freut mich sehr, dass die Wiener Schulen schon eine Woche vor Ende des derzeit geltenden

Lockdowns in Wien ihre Pforten öffnen werden“, erklärte Wiederkehr. Ziel sei es, alle Wiener Schulen so rasch wie möglich in den vollständigen Präsenzbetrieb zurückzuführen. Als Voraussetzung dafür nannte Wiederkehr, dass das Infektionsgeschehen weiterhin zurückgeht.

Bildungsdirektor Heinrich Himmer zeigte sich erfreut: Schule gelinge in der Schule selbst am besten. Der oberste Wiener Pflichtschullehrer-Personalvertreter Thomas Krebs (FCG) hatte zuvor Kritik geübt: „Welchen Unterrichtsbetrieb die Schulen ab Montag anbieten sollen, ist zum jetzigen Zeitpunkt vollkommen ungewiss.“ Aber jede Veränderung des schulischen Betriebs erfordere eine ausreichende Vorlaufzeit für die notwendige Vorbereitung. (APA)

Ibiza: OGH erlaubt Fotos von Anwalt M.

Die Pressefreiheit stehe über den Persönlichkeitsrechten.

Wien. Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat mit einem Erkenntnis die Bildberichterstattung zu den mutmaßlichen Hintermännern des Ibiza-Videos erleichtert. Und dabei die Pressefreiheit betont. Laut der Entscheidung dürfen Fotos des Anwalts M. hergezeigt werden. M. gilt als einer der Männer, die die Ibiza-Falle ausgelegt haben – er hatte bei der Kontaktabahnung zwischen der angeblichen Oligarchen-Nichte und Heinz-Christian Strache eine entscheidende Rolle gespielt.

Grund für den OGH-Entscheid war eine Auseinandersetzung zwischen einer Onlineplattform und dem Anwalt. Der OGH bestimmte nun in Korrektur der Vorinstanzen, dass unter bestimmten Bedingungen Persönlichkeitsrechte der Pressefreiheit unterzuordnen seien.

M. hatte die Onlineplattform eu-infothek geklagt, da sie in der Ibiza-Berichterstattung Fotos von ihm gezeigt hatte. Die Vorinstanzen hatten dem Medium die Bildverbreitung noch untersagt. Der OGH meint indes laut dem der „Presse“ vorliegenden Erkenntnis: „Allerdings besteht im vorliegenden Fall sehr wohl ein über bloße Sensationslust hinausgehendes berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an der konkreten Bildberichterstattung, die der Veranschaulichung einer der Personen dient, die für das unmittelbare Zustandekommen des Ibiza-Videos führend verantwortlich sind.“

Die Abwägung zwischen dem Persönlichkeitsschutz und dem Veröffentlichungsinteresse „als Ausfluss der freien Meinungsäußerung“ fällt laut OGH nach jüngerer Rechtsprechung – so weit kein unzulässiger Eingriff in die Privatsphäre vorliegt – „bei einem im Kern wahren Begleittext gewöhnlich zugunsten des Mediums aus“. (m. s.)

Arbeitslose in Schulen: Einige Verzögerungen

Die meisten Hilfskräfte gibt es derzeit in Ostösterreich.

Wien. Bis 2022 sollen bis zu 1000 Langzeitarbeitslose, benachteiligte Personen auf dem Arbeitsmarkt und Wiedereinsteiger an die Pflichtschulen geholt werden, um die Schulleitung bei Verwaltungsaufgaben zu entlasten. 500 Vollzeitstellen sollten mit Herbst 2020 besetzt werden, weitere 500 mit Herbst 2021. Tatsächlich sind laut „Wiener Zeitung“ nur rund 300 Unterstützungskräfte im Einsatz.

Aufgrund der Lockdowns seien Einschulungen teilweise nicht möglich gewesen, heißt es aus dem Bildungsressort. Die meisten Unterstützungskräfte gibt es an Schulen in Ostösterreich: In Niederösterreich waren es Anfang April 139, in Wien etwas mehr als 100. (APA)